

Niederschrift



Gremium: **30. Sitzung des Ausschusses für Personal, EDV und Organisation**

Sitzungsdatum: **Freitag, den 18.01.2013**

Sitzungsort: **Landratsamt Augsburg, Kleiner Sitzungssaal 221, 2. Stock**

Beginn: **09:04 Uhr**

Ende: **11:38 Uhr**

Landrat Sailer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Vorsitzende / Vorsitzender:

Martin Sailer

Mitglieder:

Peter Bergmeir	entschuldigt
Dr. Markus Brem	
Hannelore Britzlmair	
Hans-Peter Dangl	
Silvia Daßler	
Marlies Fasching	
Franz Fendt	
Anni Fries	
Ludwig Fröhlich	
Peter Högg	
Hubert Kraus	
Gerhard Ringler	entschuldigt
Peter Schönfelder	entschuldigt
Robert Steppich	ab 9.08 Uhr

Verwaltung:

Thomas Huber	
Manfred Merz	
Alfred Schühler	zu TOP 5 und TOP 6
Martin Seitz	
Claudia Ziegler	

Weitere Anwesende:

Jürgen Pabel (zu TOP 1 und TOP 2)
Max Rauscher

Schriftführerin:

Susanne Häusler

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. EDV-Haushalt 2013 - 1. Lesung
Vorlage: 12/0362
2. Kreishaushalt 2013 - 1. Lesung;
Behandlung des Verwaltungsentwurfs (Stand: 14.12.2012)
Vorlage: 12/0344
3. Verschiedenes
4. Wünsche und Anfragen

Öffentliche Sitzung

TOP 1 EDV-Haushalt 2013 - 1. Lesung Vorlage: 12/0362
--

Sachverhalt:

Es wird auf den beigefügten EDV-Haushalt verwiesen.

Zur Präsentation des EDV-Haushalts durch **Herrn Merz** wird auf die Anlage verwiesen.

Bürgerserviceportal (BSP)

Kreisrat Dangl spricht sich dafür aus, diesen Punkt auf das nächste Jahr zu schieben.

Kreisrat Dr. Brem erkundigt sich, ob man bereits Erkenntnisse darüber hätte, wie viel Arbeitszeit bzw. Personal man faktisch durch den Einsatz dieser Software einsparen könne.

Dazu erklärt **Herr Merz**, dass man momentan schon eine sogenannte Internetzulassung installiert hätte. Hier könnten Daten zwar eingegeben werden, man müsste aber natürlich trotzdem noch vor Ort fahren. In der Zulassungsstelle gebe es mittlerweile einen speziellen Internetzulassungsschalter, dieser wäre momentan nicht sehr gut frequentiert. Wenn man davon ausgehe, dass die Bürger, die eine Internetzulassung machen würden, auch die ID-Funktion nutzen würden, könnte man zumindest mittelfristig diesen Internetzulassungsschalter auflösen. Es sei natürlich auch daran gedacht, irgendwann einmal die Zulassungsstellen in Schwabmünchen und Gersthofen von der Anzahl der Schalter abzubauen. Mit der ID-Funktion könne man die kompletten Geschäftsvorfälle abwickeln und müsse definitiv nicht mehr vor Ort. Herr Merz führt weiter aus, dass man über die Frage, wie das angenommen werde, natürlich philosophieren könne. Er sei sicher, dass es mittelfristig schon zu Einsparungen führen werde. Zumindest der Internetzulassungsschalter, der derzeit mit einer Halbtagskraft besetzt wäre, würde nicht mehr benötigt.

Kreisrat Dr. Brem will wissen, wie sich die Einführung eines Bürgerserviceportals auf die Gebühren auswirken würde.

Herr Merz erklärt dazu, dass dies im Ermessen der Führerschein- bzw. Zulassungsstelle liegen würde. Allerdings habe man nach der Gebührenordnung seines Wissens nach durchaus einen gewissen Spielraum.

Hierzu ergänzt **Herr Seitz**, dass es in der Regel Rahmengebühren gebe. In diesen Rahmengebühren würde die jeweilige Dienststelle unter Berechnung des durchschnittlichen Personaleinsatzes und des Sachaufwandes ihre Gebühr ermitteln. Bei einer so einschneidenden Änderung müsse neu ermittelt werden, allerdings gebe es hierzu noch keine Berechnungen.

Kreisrat Dr. Brem schlägt daraufhin vor, das Bürgerserviceportal für dieses Jahr nicht vorzusehen. Allerdings sollten in der Vorbereitung diese Dinge eruiert werden. Sowohl für den Bürger als auch für die Dienststelle würde es nur Sinn machen, wenn ein Mehrwert für beide Seiten erkennbar wäre. Ein Vorteil müsse sich auf der Gebührenseite niederschlagen und die Kosten müssten reduziert werden.

Herr Huber ergänzt, dass der Schalter für die Internetzulassung momentan mit einer Halbtagskraft besetzt sei. Nachdem aber nicht so viele Zulassungen über diesen Schalter abgewickelt würden, arbeite die Mitarbeiterin am Schalter und wechsele bei Bedarf in ein Backgroundbüro. Eine Zahlfunktion auf dem Personalausweis würden derzeit unter 5 % der Bürger nutzen, so dass dies im Moment keinen Sinn machen würde. Herr Huber vertritt die Meinung, dass bei einem Einstieg etwa ein Viertel der Bürger diese Bezahlfunktion nutzen sollte. Personaleinsparungen werde man aus seiner Sicht dadurch nicht haben. Richtig gut angenommen werde dagegen die Reservierung von Wunschkennzeichen über das Internet.

Auch **Kreisrat Fendt** ist der Ansicht, dass man das Bürgerserviceportal schieben sollte. Gerade ältere Menschen könnten damit nicht mehr so gut umgehen. Die Zulassungsstelle in Gersthofen wäre so angenehm und die Mitarbeiter würden sehr schnell arbeiten.

Kreisrat Fröhlich bedankt sich für die Ehrlichkeit von Herrn Huber. Seiner Meinung nach wäre die Kommunikation schon sehr wichtig. In der Zulassungsstelle würde sehr flott gearbeitet und der Ablauf wäre sehr gut. Auch Kreisrat Fröhlich spricht sich dafür aus, im Moment hier nichts zu verändern. Das Bürgerserviceportal wäre noch zu vage, als dass man das System ändern sollte.

Landrat Sailer bedankt sich für die rege Diskussion an der Stelle. Den Hinweis von Kreisrat Dr. Brem, zum nächsten Jahr diesen Punkt inhaltlich auszuarbeiten, werde man aufgreifen. Für dieses Jahr könne man das Bürgerserviceportal als Listenposition schon streichen. Die Position wäre im Haushalt nicht enthalten, so dass sich dies nicht auswirken werde. Für das nächste Jahr werde man das Bürgerserviceportal mit Inhalten hinterlegen, so dass man neu darüber beraten könne.

WLAN kleiner Sitzungssaal

Kreisrat Dr. Brem erklärt, dass ihm die 600 Euro jährliche Leasingkosten viel zu hoch erscheinen würden. Ihn würde interessieren, wie sich diese 600 Euro zusammensetzen würden. Des Weiteren erkundigt er sich, ob es von der Dimensionierung oder Leistungsfähigkeit nicht weniger sein könne.

Herr Merz erklärt dazu, dass man mit der Verkabelung im Hause nahezu am Ende wäre. Das WLAN sei ein eigenes abgeschottetes Netz und ginge nicht über das hausinterne Intranet. Deshalb müsse man vom Verteiler eine eigene Glasfaser hochziehen, ähnlich wie man es im großen Sitzungssaal auch getan hätte. Außerdem werde ein entsprechendes Steuergerät benötigt. Es ginge hier nicht nur um zwei WLAN-Sendestationen, sondern dahinter stehe die ganze Absicherung und die Trennung der WLAN's vom Hausnetz. Herr Merz erklärt weiter, dass die Starteinrichtung im großen Sitzungssaal erheblich teurer gewesen wäre. Die Basisinstallation hätte man jedoch dadurch schon.

Projektierung und europaweite Ausschreibung IT-Anbindungen für das Landratsamt, Landkreisschulen und Kommunen

Kreisrat Fröhlich erkundigt sich, ob die IT-Anbindungen mit den Kommunen vor Ort abgestimmt werden. Die Stadt Königsbrunn wäre gerade dabei, die Datennetze auszubauen. Es wäre sinnvoll, dies zusammenzuführen. Dadurch könnten vielleicht auch Kosten eingespart werden. Kreisrat Fröhlich regt an, diese Möglichkeit zu prüfen.

Herr Merz erklärt dazu, dass der Landkreis jetzt in erster Linie die Landkreisschulen im Fokus hätte. Man wisse derzeit noch nicht, wo die einzelnen Leitungen definitiv liegen würden. Wenn der Projektant feststehe, könne man mit den lokalen Providern einen Ideenwettbewerb durchführen. Hierbei soll geklärt werden, was man im Landkreis überhaupt realisieren könne.

Außerdem wüsste man dann, wo die Leitungen liegen würden. Bei dieser Gelegenheit könnte man natürlich auch über die Grund- und Mittelschulen in den einzelnen Gemeinden reden.

Nach Meinung von **Landrat Sailer** ist dies ein guter Vorschlag. Bei dem Gespräch mit den Anbietern könne man konkret die Situation in den Kommunen abfragen. Dabei könne man auch klären, ob es sinnvoll wäre, dies in die Überlegungen mit einzubeziehen. Dann könne man auf die Bürgermeister zugehen und darüber nachdenken, ob man es gemeinsam realisieren wolle.

Druckerbeschaffung auf Seitenpreisbasis

Kreisrat Dr. Brem möchte in einer der nächsten Sitzungen dargestellt bekommen, wann eine europaweite Ausschreibung notwendig bzw. mit welchen Möglichkeiten diese vermeidbar wäre. Seiner Meinung nach könne es nicht sein, dass eine Druckerbeschaffung zwingend europaweit ausgeschrieben werden müsse. Beim Bau einer Autobahn oder einer Schule könne man es noch verstehen, aber bei Druckern für das Landratsamt einschließlich Schulen mit 100.000 Euro Volumen könne man dies nicht nachvollziehen. Er hätte kein Problem damit, wenn die Firmen aus Nürnberg oder Augsburg kommen würden. Aber es könne nicht sein, dass Firmen aus Slowakei, Polen oder auch Frankreich etwas mit diesen Dienstleistungen zu tun hätten. Kreisrat Dr. Brem führt weiter aus, dass er nicht wisse, inwieweit europaweite Ausschreibungen rechtlich notwendig seien. Er schlage deshalb vor, dieses Thema beispielsweise im Kreisausschuss noch einmal aufbereiten zu lassen. Ihn würde interessieren, inwieweit man in Abhängigkeit von bestimmten Kriterien eine europaweite Ausschreibung vermeiden könne.

Dazu erklärt **Herr Merz**, dass bei Aufträgen mit einem Nettovolumen von 193.000 Euro eine europaweite Ausschreibung zwingend notwendig sei. Entscheidend wäre hier nicht der Jahresbetrag, sondern die Laufzeit des Vertrages. Bei einem Jahresbetrag von 100.000 Euro und einer Laufzeit von fünf Jahren wäre dies erreicht und müsse somit europaweit ausgeschrieben werden. Natürlich wolle man keinen Druckerhersteller, der seinen Hauptsitz in Portugal habe. Darum müsse man in die Bedingungen der Ausschreibung eine Reaktionszeit von einer halben Stunde mit aufnehmen. Damit wäre klar, dass die Firma in der Umgebung eine Lokation haben müsse.

Nach Meinung von **Kreisrat Dr. Brem** soll man bei nicht sinnhaften europaweiten Ausschreibungen den Mut aufbringen, die rechtliche Konsequenz durchzufechten. Er persönlich hätte den Mut, es im Zweifel einmal darauf ankommen zu lassen.

Herr Seitz verweist auf den Grundsatz der Rechtmäßigkeit der Verwaltung. Dies bedeute, man könne dies schlicht und ergreifend nicht tun. Die europaweite Ausschreibung komme aus dem Wettbewerbsrecht der EU. Wenn man über dem Schwellenwert liegen würde, müsse man ausschreiben. Deswegen müsse man auch keinen Rechtsstreit anfangen. Herr Seitz führt weiter aus, dass dies aber auch gar nicht notwendig wäre. Europaweite Ausschreibungen wären seit Jahr und Tag gängige Praxis. Die Ausschreibung werde an die EU geschickt und lediglich im europäischen Amtsblatt veröffentlicht. Es würden immer Firmen aus der Region anbieten. Eine Firma aus Portugal beispielsweise komme ohnehin nicht auf den Gedanken, hier ein Angebot abzugeben. Seines Erachtens mache es keinen Sinn, die europaweite Ausschreibung zu unterlassen.

Auch **Landrat Sailer** stellt fest, dass man dies mit den von Herrn Merz aufgeführten Kriterien steuern könne. Er biete trotzdem an, das Wettbewerbsrecht von Herrn Dr. Michale entweder im Kreisausschuss oder im Bau-, Umwelt- und Energieausschuss erläutern zu lassen.

Kreisrätin Fasching erklärt, dass an ihrer Schule Drucker auf Seitenpreisbasis beschafft wurden. Es wäre so, dass man ein Gerät bekommen habe, das nach ihrem Gefühl nicht die Qualität wie das vorige hätte. Der Servicetechniker wäre außerdem sehr zurückhaltend, wenn er vor Ort etwas nachschauen müsse. Früher habe man für jede Anfahrt bezahlt, das wäre einfacher gewesen. Zu Kreisrat Dr. Brem gewandt führt Kreisrätin Fasching weiter aus, dass hier ebenfalls eine europaweite Ausschreibung stattgefunden habe. Der Anbieter allerdings käme aus einem Umkreis von 20 Kilometern.

Auch **Kreisrat Fröhlich** vertritt die Auffassung, dass man europaweite Ausschreibungen nicht umgehen könne. Er könne ebenfalls einen positiven Erfahrungsbericht abgeben. Die Einsparungen würden fast 50 % jährlich betragen.

Kreisrat Steppich stellt fest, dass er den Weg der Druckerbeschaffung auf Seitenpreisbasis für richtig halte. An dieser Stelle möchte er ein Lob dafür aussprechen, dass man immer mit der Zeit gehe und sich anpasse. Auf die Art und Weise bekomme man auch einen Überblick über die gedruckten Seiten in den einzelnen Abteilungen. Dies wäre ein fortschrittlicher Weg.

Landrat Sailer erklärt, dass auch bei den Schulleitern der Landkreisschulen einhellig Zustimmung zu diesem Weg geäußert wurde. Abschließend bedankt sich Landrat Sailer bei Herrn Merz für die Präsentation des EDV-Haushalts. Einige Punkte habe man bereits sehr intensiv besprochen und zum Teil auch Beschlüsse gefasst, die jetzt entsprechend in den Haushaltsentwurf eingearbeitet werden könnten.

**TOP 2 Kreishaushalt 2013 - 1. Lesung;
 Behandlung des Verwaltungsentwurfs (Stand: 14.12.2012)
 Vorlage: 12/0344**

Sachverhalt:

Die Verwaltungsvorlage zum Kreishaushalt 2013 (Stand: 14.12.2012) wurde den Mitgliedern des Kreistages zur Kreistagssitzung am 07.01.2013 überlassen. Dem Vorlageschreiben lag ein detailliertes Inhaltsverzeichnis bezüglich der überlassenen Unterlagen bei.

Aufgrund der bisherigen Terminplanung (Sitzungsplan September 2012 bis Februar 2013, Stand: 18.10.2012) ist vorgesehen, die Fachausschussempfehlungen in der Kreis Ausschusssitzung am 18.02.2013 zu behandeln, einen Haushaltsabgleich vorzunehmen und die Verabschiedung des Kreishaushaltes 2013 dem Kreistag zu empfehlen. Aufgrund der bisherigen Terminvorstellungen kann davon ausgegangen werden, dass der Kreistag die Haushaltssatzung für das Jahr 2013 und den Finanzplan für die Jahre 2014 bis 2016 am 11.03.2013 beschließen soll.

Die Verwaltungsvorlage enthält insbesondere bezüglich der staatlichen Finanzausgleichsleistungen, des interkommunalen Finanzausgleichs, der Umlagenzahlungen an diverse Zweckverbände und der Verlustbeteiligung an Gesellschaften nur vorläufige Ansätze. In vielen Fällen wird ein verbindlicher Haushaltsansatz erst während der Haushaltsberatungen möglich sein. Dies trifft ebenso für eine Reihe von Einzelpositionen zu, die in Folge von Eckwertebeschlüssen sowie von Entscheidungen über Neu- und Erhöhungsanträge gesondert zu behandeln sind. Insofern ist die Verwaltungsvorlage zum Kreishaushalt 2013 hinsichtlich des ungedeckten Bedarfs im Verwaltungshaushalt, welcher auszugleichen sein wird, noch mit erheblichen Risiken verbunden.

Der Verwaltungsentwurf zum Wirtschaftsplan 2013 für den Abfallwirtschaftsbetrieb wurde vom Werkausschuss am 06.12.2012 behandelt und ein empfehlender Beschluss herbeigeführt.

Nähere Erläuterungen erfolgen in der Sitzung des Ausschusses für Personal, EDV und Organisation am 18.01.2013.

Herr Seitz legt die Eckpunkte des Kreishaushaltes 2013 dar und informiert darüber, dass anstelle des in der vergangenen Woche dargestellten ungedeckten Bedarfs in Höhe von etwa 688.000 Euro momentan ein Überschuss von rund 347.000 Euro stehe. Anschließend erläutert Herr Seitz die Haushaltsvorlage. Die Fortschreibungsliste ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Personalausgaben

Zur Erhöhung der Personalausgaben um 5,7 % erkundigt sich **Landrat Sailer**, wie viel davon tarifgebunden wäre. Hier befürchte er wieder eine ähnliche Diskussion wie in den vergangenen Jahren. Im Personalausschuss werde alles mit entschieden und mit getragen und er stünde dann wieder in der Kritik. Dieses Spiel wäre er langsam leid.

Herr Seitz erklärt, dass man diesen Punkt in den Erläuterungen aufgeschlüsselt habe. Die tariflich bedingte Entgeltsteigerung betrage bei den Beschäftigten 3,04 % und bei den Beamten 1,5 %.

Kreisrat Dangl will wissen, ob die Beförderungen bzw. Höhergruppierungen auch unter dem Begriff „tariflich“ subsumiert wären oder ob diese zum Teil strukturell wären.

Dazu erklärt **Herr Huber**, dass Erfahrungsstufensteigerungen, die man schon vorberechnen könne, strukturell enthalten wären. Was zusätzlich käme mit Höhergruppierungen und neuen Stellen liege außerhalb von diesen 3,04 %.

Kreisrat Steppich stellt fest, dass sich die Erhöhungen aus den Positionen tarifliche Erhöhungen, Höhergruppierungen und Neueinstellungen zusammensetzen würden. Er regt an, diese Positionen künftig aufzuschlüsseln. Dies wäre hilfreich, um einen langfristigen Überblick zu bekommen.

Diese Anregung wird von **Landrat Sailer** aufgegriffen. Diese Zahlen werde man den Ausschussmitgliedern entsprechend zur Verfügung stellen, so dass man auch in den Fraktionen und darüber hinaus dies als Argument schnell bringen könne.

0800.5621 Ausbildung

Hier bittet **Herr Seitz** eine Fehlerberichtigung vorzunehmen. Bei der Ausbildung werde der Ansatz nicht auf 13.000 Euro reduziert, sondern auf 130.000 Euro erhöht.

0851.6329 Betriebliche Gesundheitsförderung

Kreisrat Steppich erkundigt sich, ob es hier nur um finanzielle Unterstützung ginge oder ob in gewissem Umfang auch Betriebsarbeitszeit zur Verfügung gestellt werde.

Dazu erklärt **Herr Seitz**, dass es sich hier um Fremdkosten für Dozenten, Rückenschulen und dergleichen handeln würde.

Landrat Sailer ergänzt, dass für bestimmte Projekte auch Arbeitszeit zur Verfügung gestellt werde. Im Hause werde einiges getan für die Gesundheitsvorsorge, was natürlich mehr wäre als nur diese 7.000 Euro für externe Ansätze. Wenn die Haushaltsberatungen abgeschlossen wären, könne man dies gerne in einer der nächsten Sitzungen darstellen.

Einnahmen

1651 Erstattungen Abfallwirtschaftsbetrieb für Personal

Hier bittet **Herr Seitz**, eine Korrektur vorzunehmen. Der Haushaltsansatz für das Jahr 2013 wäre 717.100 Euro. Der in der Vorlage ausgewiesene Betrag wurde fälschlicherweise vom Vorjahr übernommen.

1670/1680 vom übrigen Bereich

Auch hier ist der Haushaltsansatz falsch vom Vorjahr übernommen worden. Der Ansatz für das Jahr 2013 belaufe sich auf 613.000 Euro. Der Ansatz habe sich reduziert, da einige Dinge weggefallen wären. **Herr Seitz** nennt als Stichwort die Freiwilligenagentur; hier werde aufgrund des Wegfalls nichts mehr auszugleichen sein.

EDV-Anlage und -Ausstattungen des Amtes

5622 EDV-Schulungen (einschl. Reisekosten)

Der mit 23.200 Euro ausgewiesene Betrag ist auf 40.700 Euro zu berichtigen. Dies ergebe sich aus einer Erhöhung von 20.000 Euro für EDV-Schulungen zum Thema „Gebäudemanagement“, die man in diesem Jahr erstmals so mit aufnehmen müsse. Die Summe wäre im Haushalt bereits verortet, wurde aber bei der Darstellung in der Vorlage zunächst nicht berücksichtigt.

6360 Softwarekäufe

Der Ansatz hier werde sich aufgrund der vorhergehenden Diskussion nochmals reduzieren. Nachdem in der Vorlage von Herrn Merz diese Position mit 48.500 Euro benannt war, geht Herr Seitz davon aus, dass sich der Ansatz hier nochmals um 12.800 Euro reduzieren werde. Herr Seitz erklärt, dass man diese Änderung mit der 2. Fortschreibung vorlegen werde.

0683.5310 Gebäudemanagement

Liste – Anmietung externer Diensträume

Herr Seitz erklärt, dass es sich hierbei um eine vage Position handeln würde. Man habe es auch in diesem Gremium wiederholt angesprochen, dass das Landratsamt unter großer Raumnot leiden würde. Verschiedene Lösungen habe man bereits andiskutiert. Angefangen von einem kombinierten Neubau des Parkdecks und Büroräume im Hinterhof, hin zu neuen Gebäuden in Gersthofen, die durch Dritte errichtet und vom Landkreis angemietet würden. Das Problem wäre noch nicht gelöst und es könnte sein, dass man kurzfristig darauf angewiesen wäre, im Umfeld zusätzliche Räume anzumieten. Herr Seitz erklärt, dass es ihm an der Stelle wichtig wäre, hierfür einen pauschalen Ansatz in den Haushalt mit aufzunehmen. Die vorgeschlagenen 20.000 Euro seien im Haushalt noch nicht enthalten.

Landrat Sailer merkt an, dass er den Punkt Möblierung des kleinen Sitzungssaals gerne schieben würde. Dies mache erst dann Sinn, wenn der Raum komplett umgestaltet werde. Diesen Punkt müsse man in den Fraktionsberatungen nicht mehr aufgreifen. Was die Anmietung externer Diensträume betreffe wäre sein Vorschlag, dass man den Betrag auf 50.000 Euro erhöhe. Man müsse von etwa 10.000 Euro Mietkosten pro Monat ausgehen. Um ein bisschen Spielraum zu haben, wäre eine Erhöhung auf 50.000 Euro angebracht. In der nächsten Sitzung werde man die entsprechenden Überlegungen präzisieren können. Es verdicte sich, dass man in Schwabmünchen sehr zeitnah im ehemaligen Kreissparkassengebäude Räumlichkeiten anmieten könne. Dies werde ein Schwerpunktthema der nächsten Sitzung des Ausschusses am 1. Februar sein.

Kreisrat Dr. Brem erkundigt sich, ob es sich hierbei um potenzielle Mietaufwendungen im Umfeld handeln würde oder ob diese dann doch in Schwabmünchen entstehen würden.

Landrat Sailer erklärt hierzu, dass man in Schwabmünchen Räumlichkeiten anmieten und von diesen 50.000 Euro die Mietkosten bestreiten würde. Dies wäre im Moment der aktuelle Stand, so dass man dies in die Haushaltsberatungen schon mit einbeziehen könne. Die konkreten Überlegungen bespreche man in der nächsten Sitzung miteinander.

Kreisrat Fröhlich erkundigt sich nach der ungefähren Höhe des Mietzinses.

Landrat Sailer erklärt hierzu, dass dies noch nicht verhandelt wäre. Der Vorschlag liege bei ungefähr 9 Euro pro Quadratmeter. Er ginge jedoch davon aus, dass man diesen Betrag noch nach unten drücken könne. Entscheidend wäre hier auch die Laufzeit des Mietvertrages.

TOP 3 Verschiedenes

Keine Vorlagen

TOP 4 Wünsche und Anfragen

Keine Wünsche und Anfragen

30. Sitzung des Ausschusses für Personal, EDV und Organisation 18.01.2013